

Beschluss des Landrats vom 13.06.2024

Nr. 624

24. Jugendliche Jihadisten – was macht der Kanton Basel-Landschaft? 2024/252; Protokoll: mko

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat entgegennehme und dessen Abschreibung beantrage.

Nicole Roth (SVP) dankt für die rasche Traktandierung ihres Postulats. Sie vermeidet bewusst das Wort «Beantwortung», denn das ist es für sie definitiv nicht. Scheinbar war dem Regierungsrat nicht ganz klar, wo sie in ihrem Postulat den Schwerpunkt gesetzt hatte – oder er hat es bewusst ausgeklammert. Es ist einfach ein Fakt, dass Jugendliche über die sozialen Medien radikalisiert werden. Deshalb scheint es doch umso wichtiger, auch diesen Punkt zu betrachten und in die Beantwortung einzubeziehen. Mit diesen kurzen Ausführungen möchte Nicole Roth bitten, das Postulat stehenzulassen, damit der Regierungsrat nochmals die Gelegenheit hat, die Rolle der sozialen Medien kritisch zu beleuchten.

Tobias Beck (EVP) findet es sehr wichtig, dass Präventionsmassnahmen in Bezug auf Extremismus getroffen werden. Der Regierungsrat legt diese Massnahmen dar. Die Grüne/EVP-Fraktion sieht es ebenfalls als gegeben, dass in der Postulatsantwort zu wenig auf die sozialen Medien eingegangen wird, über die die Jugendlichen mehrheitlich erreicht werden. Eine Antwort zu diesem Punkt wäre wichtig, weshalb die Grüne/EVP-Fraktion für Überweisung ist. Betreffend Abschreibung gibt es unterschiedliche Meinungen.

Simone Abt (SP) sagt, dass auch in ihrer Fraktion die Frage nach den sozialen Medien aufkommen sei. Sie anerkennt, dass der Regierungsrat bereits einiges in dieser Richtung leistet. Ein guter Teil der Fraktion würde es aber auch begrüssen, wenn darüber geprüft und berichtet würde. Das Stehenlassen des Postulats wird deshalb unterstützt.

Marc Schinzel (FDP) dankt Nicole Roth für den Vorstoss zu einem wichtigen Thema. Die FDP-Fraktion wird das Postulat überweisen, dem Regierungsrat folgen und abschreiben. Die Antwort des Regierungsrats hat sie überzeugt, dass im Kanton bereits gehandelt wird. In der JSK war der Befund in den letzten Jahren immer wieder ein Thema. Vor allem auch der Passus bezüglich der Zusammenarbeit mit dem Bund. Der Votant hat Einblick in die Arbeit des Nachrichtendienstes im Fall der Extremismusbekämpfung erhalten und festgestellt, wie eng die Zusammenarbeit mit den kantonalen Nachrichtendiensten ist. Zudem wurde ein Bedrohungsmanagement mit Brückenbaufunktionen eingeführt, wobei man nicht nur zu den einschlägigen Einrichtungen Kontakt hat (dort wo es problematisch werden könnte), sondern es auch ermöglicht, die Leute direkt anzusprechen. Diesbezüglich ist im Kanton viel passiert und es wurde einiges selber entwickelt. Im Vergleich zu anderen Kantonen ist Baselland bei diesem Thema viel weiter. Das überzeugt die FDP-Fraktion, sie hat Vertrauen, dass es funktioniert und folgt deshalb dem Regierungsrat.

://: Mit 74:0 Stimmen wird das Postulat überwiesen und mit 50:23 Stimmen bei 1 Enthaltungen stehen gelassen.
